

Forschungsfeld: Kontroverses Wissen im öffentlichen Raum - Instrumente und Arenen der Diskursivierung (Rahmen zu den Expertisen Braun, Maasen, Weingart, Wink)

Unter den vielfältigen Charakterisierungen der Wissensgesellschaft nimmt die gewachsene Bedeutung des wissenschaftlichen Wissens für politisches Handeln einen vorrangigen Platz ein. Die *Verwissenschaftlichung der Politik* spiegelt damit die *Verwissenschaftlichung der Lebenswelt* wider. Anders jedoch als in den geläufigen Thesen zur Wissensgesellschaft suggeriert wird, bedeutet die Verwissenschaftlichung nicht einen gradlinigen Rationalitätszuwachs. Im Bereich der Politik dokumentiert sich dies u.a. in der für die modernen Massendemokratien spezifischen Legitimationsfunktion dieses Wissens und den damit verbundenen paradoxen Folgen.

Die zeitgenössischen Demokratien operieren, stärker als alle anderen politischen Systeme vor ihnen, auf der Grundlage zweier "Legitimationskreise öffentlicher Entscheidungen" (Roqueplo 1995, 176)¹. Entscheidungen müssen nicht nur von Repräsentanten *delegierter* Macht getroffen werden, sondern auch *rational* im Licht vorhandenen wissenschaftlichen Wissens sein. Die legitimatorische Funktion steht vor allem in Debatten über Probleme mit einem starken wissenschaftlich-technischen Inhalt im Vordergrund. Der Legitimationswert des Expertenwissens als politischer Ressource hat allerdings auch die *Demokratisierung* des Zugangs zu ihm bewirkt. Nicht nur die jeweiligen Regierungen, sondern auch die Oppositionsparteien sowie Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen können sich in politischen Auseinandersetzungen auf Expertenwissen berufen. Damit ist tendenziell eine Konkurrenz unter den politischen Akteuren um die jeweils neuesten Forschungsergebnisse begründet worden. Diese Konkurrenz um Wissen und seine Kontrolle vollzieht sich nicht nur zwischen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen, sondern auch innerhalb der politischen Administrationen zwischen ihren verschiedenen Ministerien oder Referaten (Peters, Barker 1993, 3)².

Die solcherart konstituierte Konkurrenz um das neueste und deshalb vermeintlich überzeugendste wissenschaftliche Wissen produziert jedoch eine paradox erscheinende Konsequenz. Die Rekrutierung von Experten (und das durch sie repräsentierte Wissen) treibt nämlich über den Bereich des konsentierten Wissens hinaus bis an die jeweiligen Forschungsfronten, also dorthin, wo das Wissen noch umstritten, die Behauptungen unsicher und Angriffen gegenüber offen sind, wo die Kontroversen noch andauern und der

¹ Roqueplo, P. (1995): Scientific Expertise among Political Powers, Administrations and Public Opinion. In: *Science and Public Policy* 22, 3, S. 175-187.

² Peters, B.G. und A. Barker (1993): Governments, Information, Advice and Policy-Making. In: B.G. Peters und

Kommunikationsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Die *Politisierung der* auf diese Weise in politische Kontroversen eingebundenen *Experten* hat zu einem dramatischen Autoritätsverlust wissenschaftlicher Berater geführt. Der intensivierte Rückgriff auf wissenschaftliche Expertise hat überdies den Grad der Sicherheit auf Seiten der Richter, Verwaltungsbeamten und Politiker nicht etwa gesteigert, sondern im Gegenteil die Unsicherheit durch die Konfrontation mit nicht abgeschlossenen innerwissenschaftlichen Debatten oft noch erhöht.

Die überzogenen Erwartungen an wissenschaftliches Wissen überfordern systematisch die Fähigkeiten der Experten, vor allem durch die Unterstellung ihrer Einigkeit und Sicherheit. Zugleich hat die öffentliche Beobachtung der wissenschaftlichen Beratung durch die Medien die Unsicherheit wissenschaftlichen Wissens in den Kontroversen fokussiert. Die *Medialisierung der Politik* hat sich auch auf die Rolle der Experten erstreckt. Die unvermeidbare Enttäuschung wird zum Hauptgrund für den Vertrauensverlust gegenüber wissenschaftlicher Expertise.

Das so charakterisierte Paradox der Inflationierung wissenschaftlicher Expertise verweist auf neue institutionelle Mechanismen zur Sicherung politischer Legitimation. Der allgemein erkannte Autoritätsverlust wissenschaftlicher Expertise und damit ihrer Funktion als politischer Ressource hat in der Politik dazu geführt, dass neben die fortbestehenden Beratungsarrangements neue Arrangements zur Sicherung von Legitimation treten, die über die herkömmlichen Formen der Repräsentation und Delegation hinausgehen. Dabei handelt es sich um sehr heterogene institutionelle Regelungen, die sich am ehesten durch die ihnen gemeinsamen Funktionen näher bezeichnen lassen.

Sie können auf der höchsten Abstraktionsebene dadurch charakterisiert werden, dass sie die Funktion der *Diskursivierung* spezifischer und für maßgebliche gesellschaftliche Gruppierungen kontroverser 'Issues' haben. Die Diskursivierung meint die Prozeduralisierung von Kontroversen nach der Maßgabe, dass es bei der Lösung von politischen Konflikten nicht in erster Linie um die Herstellung von Konsens oder das Erreichen einer durch eine Mehrheit gestützten Entscheidung geht, sondern dass diese nur dann als nachhaltig legitim gelten kann, wenn sie zuvor Gegenstand eines Diskurses gewesen ist. Kennzeichnend für die Diskursivierung als Ressource der Legitimationssicherung sind deren Funktionen der *Deliberation, Mediation, Infomierung, Beratung und Empfehlung*.

Kennzeichnend für diese neue Form der politischen Legitimationssicherung ist, dass der

A. Parker (Hg.): *Advising West European Governments*. Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 1-19.

Gegenstand der Diskursivierung je *spezifische Issues* sind, die je *spezifische Öffentlichkeiten* betreffen bzw. interessieren und engagieren. Aus dieser inhaltlichen und repräsentativen Differenzierung des politischen Prozess ergeben sich des weiteren sehr *unterschiedliche Institutionalisierungsformen*. Die schon mit der Entstehung der sog. neuen sozialen Bewegungen einher gegangene Bildung von 'issue-spezifischen' politischen Parteien war noch dem bestehenden Arrangement der allgemeinen Repräsentation durch Volksparteien verhaftet und hat in der Folge dazu geführt, dass auch die Parteien neuen Typs sich dem traditionellen Parteiensystem haben anpassen müssen. Das Diskursivierungsarrangement bleibt dagegen diesseits dieser Institutionalisierungsform. Es reicht von ad hoc organisierten Internetforen über Stadtteilversammlungen zur Diskussion über den Verlauf von Straßentrassen und von den Massenmedien initiierten Diskursen über ethische Fragen der Forschung bis hin zu den umfassenden Vertragsstaatenkonferenzen zum globalen Klimawandel und der Biodiversität. Hinzu kommt, dass sie trotz gleicher thematischer Problemstellungen *nicht untereinander koordiniert* sind, sondern in der Regel *dezentral* operieren.

Ein weiteres Kennzeichen dieser Arrangements sind ihre unterschiedlichen *Formalisierungsgrade*: Sie variieren zwischen zeitlich eng begrenzten, lose organisierten Foren mit offener Teilnehmerschaft bis zu statuarisch eingerichteten Räten mit unbestimmter Dauer und festgelegtem Teilnehmerkreis. Dies impliziert auch die Abstufung von *Laienkompetenz* und *Expertenkompetenz*, die in den unterschiedlichen Gremien in je unterschiedlicher Form kombiniert und mit Blick sowohl auf das zur Diskussion stehende Problem als auch auf die angestrebte Legitimationsfunktion eingesetzt wird. Der wissenschaftliche Experte verliert nicht etwa seine Funktion, wissenschaftliches Wissen zu vertreten, aber ihm werden, z.B. in ethischen Fragen der Forschung die Laien aus der Kirche, den Gewerkschaften und NROs an die Seite gestellt. In diesem Kontext wird die zunehmend intensive Diskussion über die besondere Funktion des Laienwissens als notwendige Ergänzung des wissenschaftlichen Wissens ebenso wie die EU-Initiative zur Demokratisierung der wissenschaftlichen Politikberatung durch Einbeziehung von Laien zu verstehen. Offenbar wird der Legitimationsbedarf unterschiedlicher Problemstellungen ebenso verschiedenartig eingeschätzt, wie die Legitimationskraft der durch Experten und Laien repräsentierten unterschiedlichen Wissensarten.

Ein letztes Merkmal sind die unterschiedlichen Formen der Anbindung der Diskursivierungsarrangements an politische Entscheidungen. Zwar richtet sich die generelle Erwartung des Legitimationsgewinns an alle Institutionalisierungsformen der

Diskursivierung, aber die Einbindung in den politischen Entscheidungsprozess reicht von der relativ engen Kopplung bis zur vollkommenen Unabhängigkeit. Im ersten Fall können Empfehlungen (z.B. einer Enquêtekommision) eine legitimatorische Eigendynamik entwickeln. Im letzten Fall bleiben die Deliberationen im Kontext eines Internetforums im wesentlichen auf die Informations- und Diskussionsbedürfnisse der Teilnehmer/innen beschränkt.

Zusammenfassend lassen sich diese institutionellen Arrangements zur Sicherung politischer Legitimation als neuartige Umgangsformen mit kontroverserem Wissen im öffentlichen Raum charakterisieren. Vier Dimensionen sollen hervorgehoben werden:

- die politische Institutionalisierung von Diskurs
- die wechselseitige Reflexion von Wissen und Werten (Ethisierung von Wissenschaft, Verwissenschaftlichung der Ethik) in der öffentlichen Willensbildung
- die Medialisierung der Diskurse, d.h. die Herstellung allgemeiner Sichtbarkeit der Diskurse unter den Bedingungen der Medienrationalität
- die Transnationalisierung der Diskurse entlang kulturell, sprachlich und rechtlich bestimmter Grenzen

Mit diesen vier Dimensionen wird ein Forschungsfeld abgesteckt, mit dem eine neue Entwicklung im politischen Raum erfasst wird, für deren Verständnis bislang keine übergreifenden begrifflichen und theoretischen Instrumentarien zur Verfügung stehen. Das wesentliche Charakteristikum dieses Feldes ist es, dass die Bedeutung unterschiedlicher Wissensformen, ihrer jeweiligen sozialen Trägergruppen und ihrer legitimatorischen Beziehungen zur Politik in das Zentrum gerückt werden. Damit werden die herkömmlichen Grenzen der Dichotomie 'wissenschaftliches Wissen/Politik' überschritten und der umfassendere Zusammenhang '(wissenschaftliches) Wissen - Werte - Willensbildung' in den Blick genommen. Diese neue Dimensionierung des Feldes 'science policy' soll in den folgenden vier Expertisen näher exploriert werden:

1) Deliberative Modelle als Mittel der Demokratisierung von Bioethik- und Biomedizinpolitik (Braun, Herrmann, Könninger)

Bioethik und Biomedizin gehören zu den am meisten umstrittenen Gebieten von Wissenschaft und Technik in modernen Gesellschaften. Politische Entscheidungen in diesem Feld entpuppen sich mehr und mehr als "wicked problems": nicht nur die möglichen Lösungen sind umstritten, sondern auch die Problemdefinitionen. Prozeduralisierung und

Diskursivierung sind häufig die Antwort: Neue Institutionen und Verfahren zur Diskussion und Beratung zwischen Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit sollen Lösungen oder Lösungsvorschläge für die Probleme der Bioethik entwickeln. In zahlreichen Staaten sowie inter- und supranationalen Organisationen haben sich daher Bioethikpolitiken als neues Politikfeld (*public policies*) entwickelt. Die hier vorgelegte Expertise geht von der Prämisse aus, dass an diese Bioethikpolitiken ein demokratischer Anspruch zu stellen ist. Ausgehend von der Diskussion um Partizipation und Öffentlichkeit in Wissenschafts- und Technikkonflikten sowie Theorien der Demokratie und Demokratisierung werden drei Grundtypen deliberativer Bioethikpolitik unterschieden und deren demokratiebezogene Stärken und Schwächen erörtert. Darüber hinaus werden jeweils mögliche Vorsichtsmaßnahmen skizziert, mit denen undemokratischen Tendenzen und Implikationen der einzelnen Modelle entgegengewirkt werden kann. Im empirischen Teil wird diese Typologie - tentativ und exemplarisch - auf einige Fallstudien angewendet. Die Fallstudien sollen deutlich machen, welche Forschungsaufgaben sich einer zukünftigen, demokratiesensiblen Policy Analyse im Bereich der Bioethikpolitik stellen würden.

Forschungsfragen:

- Welche Bioethikpolitiken werden in den verschiedenen Ländern bzw. inter- und supranationalen Organisationen entwickelt? Welche Ziele, Ansprüche, Strukturen, Akteurskonstellationen und Ergebnisse weisen sie auf?
- Haben sich Prozeduralisierung und Diskursivierung als Mittel der Demokratisierung von Bioethikpolitik erwiesen? In welchem Sinne und in welchem Maße? Welche Bedingungen und Faktoren behindern bzw. befördern eine Demokratisierung von Bioethikpolitik?

2) Die gesellschaftliche Disziplinierung bio- und gen-ethischer Fragen durch die politische Institutionalisierung von "Diskurs" (Maasen)

Die Expertise beruht auf drei Beobachtungen im Bereich der Interaktion von Wissenschaft und Öffentlichkeit: Erstens: Diskurs boomt! Zweitens: Diskurs diversifiziert sich! Drittens: Der Diskurs selbst wird Gegenstand von Diskurs! Von der Diskursivierung wertsensitiver Fragen erhofft man sich offenbar die Legitimation für politische Entscheidungen, die trotz und aufgrund wissenschaftlicher Kontroversen und ethischer Brisanz getroffen werden müssen. Am Beispiel der öffentlichen Diskurse zur Biomedizin und Biotechnologie wird

zunächst die Proliferation von unterschiedlichsten Foren und Formen der Diskursivierung im (sub-)politischen Raum konstatiert (Printmedien, Internet, Nationaler Ethikrat, Bürgerkonferenz). Ihre Funktion, so die These, ist die Legitimierung politischer Entscheidungen gerade dort, wo unsicheres Wissen und ethische Differenzen aller Erwartung nach weiter bestehen bleiben werden und wo *dennoch* politisch prozediert werden muss. In diesen Foren geht es daher weniger, wie immer wieder proklamiert, um die Herstellung von Konsens, sondern um das Verständnis für Unsicherheit und Dissens: um die Herstellung von Vertrauen. Die Diskursivierung unterliegt allerdings drei Paradoxien (des biotechnologischen Regulierungswissens, der genetifizierenden Praxis, des flexiblen Moralmanagement), die in selbstüberbietender Weise immer mehr Diskurse hervorbringen. Gleichzeitig entsteht in der Gesellschaft ein Diskurs zum Diskurs, und zwar als eine Diskussion über die Form, die die wissenschaftliche Kontroverse, die ethische Auseinandersetzung oder die politische Debatte annehmen soll (also darüber: wer wann mit wem wie, warum und wo kommunizieren kann oder soll). Damit wird auch geklärt, was eigentlich 'das Thema' ist und was 'entscheidungsfähige Optionen' sind. Die Expertise spricht sich deshalb für diskursanalytische Untersuchungen der Form und Foren von Diskursen aus und gibt dazu einige plausibilisierende Skizzen.

Forschungsfragen:

- Wie machen sich Politisierungen und Ethisierungen von Wissen in heterogenen Diskursforen geltend?
- In welchen Formen wird die Öffentlichkeit adressiert, involviert, oder engagiert sie sich selbst?
- Können Reflexionsgremien lernen? Oder sind die VertreterInnen qua Mandat (als Funktionäre einer bestimmten Partei, Gruppe etc.) dazu verurteilt, ihre Positionen durchzusetzen, um auch gegenüber ihrer constituency glaubwürdig zu bleiben? Ist die Voraussetzung des 'organized scepticism' für solche Verfahren realistisch/zumutbar?
- Wie lassen sich vorliegende diskursanalytische Ansätze und diskursethische Reflexionen so kombinieren, dass sie am Beispiel der Untersuchung der gesellschaftlichen Thematisierung von Biomedizin und Biotechnologie Funktion und Wirkung (sub-)politischer Diskursivierungen erfassen?

3) Die gesellschaftliche Diskussion wissenschaftlichen Fortschritts in den Massenmedien Der Fall Biotechnologie und Biomedizin (Weingart, Salzmann, Wörmann)

Im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft spielen die Massenmedien eine bedeutende Rolle. Sie stellen in zunehmendem Maße die Arena dar, in der über wissenschaftlich-technologische Entwicklungen und wissenschaftliche Expertise kontrovers diskutiert wird. Rezente Beispiele hierfür sind die Debatten über die Stammzellforschung oder den Klimawandel. Allerdings operieren sie nicht, wie in frühen Vorstellungen des *Public Understanding of Science* und der Popularisierung angenommen, als Übersetzer wissenschaftlichen Wissens in die Öffentlichkeit, sondern vielmehr gemäß der ihnen eigenen Relevanzkriterien und Verarbeitungsmechanismen.

Die Beobachtung der medienöffentlichen Diskurse zu wissenschaftlichen und technologischen Issues in den Massenmedien verspricht Erkenntnisse über das Verhältnis zwischen Wissenschaft, Medien und Gesellschaft sowie über die spezifischen Mechanismen, die beobachtbaren Spannungen und Rückkopplungen in den Funktionsbereichen. Für die Wissenschaft und die (Wissenschafts-)Politik ergeben sich aus der Medialisierung – ihrer engeren Kopplung mit den Medien – Konsequenzen für die Legitimation wissenschaftlichen Fortschritts.

Allerdings sind hierbei nicht nur die Medienformate von Bedeutung, die reale Akteure mitsamt ihren Argumenten, Deutungsmustern u.ä. den Zugang zu Diskursen in den Medien ermöglichen (Nachrichten, Kommentare und Reportagen in Print- und TV-Medien). Zur gesellschaftlichen Verarbeitung kontroversen Wissens tragen auch fiktionale Formate bei. Der Spielfilm oder der Roman als Massenmedien mit großer Reichweite und hoher kultureller Gedächtnisfunktion dienen ebenfalls zur Vermittlung von Inhalten, Bereitstellung von Stereotypen und Bewertung von wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen. Berühmte Beispiele, die in aktuellen Diskursen ihre Wirkmächtigkeit als Metaphern oder Leitbilder entfalten bzw. ein gesellschaftliches Unbehagen mit neuen wissenschaftsbasierten Entwicklungen widerspiegeln, sind die Romane *'Brave New World'* (1932) sowie die Spielfilme *'Gattaca'* (1997) und *'Das China-Syndrom'* (1979).

Die Analyse der Mediendiskurse zu kontroversen Wissen liefert infolge dessen einen strategischen Beitrag zum Verständnis der 'Einbettung' neuen Wissens und neuer Technologien in die Gesellschaft und hat damit eine wichtige Frühwarnfunktion für die Wissenschaftspolitik.

Forschungsfragen:

- Welche wissenschaftlich-technischen Themen kommen in den Massenmedien vor?
- Unter welchen Bedingungen entwickeln sich diese Themen zu kontroversen Issues in Diskursen?
- Welche Rolle spielen die Geistes- und Sozialwissenschaften in den kontroversen Diskursen?
- Welche Bedeutung haben elektronische und digitale Medien in der medialen Darstellung von Wissenschaft und Technik?
- Welche Konsequenzen hat die Medialisierung für die Wissenschaft? Welche Konsequenzen hat dies für das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft (*Public Understanding of Science*)?

4) Governance wissenschaftlichen Fortschritts: Ist die Politik überflüssig geworden?

– Transnationalisierung der Wissensprozesse und ihre Konsequenzen für den Umgang mit Kontroversen um Wissen (Wink)

Diese Studie setzt sich unter Verwendung des Beispiels embryonaler Stammzellforschung speziell mit den Auswirkungen der Transnationalisierung von Wissensströmen und damit des “Auseinanderfallens von Flächen- und Sozialraum” auf die Entstehung von Institutionen zum Umgang mit kontroversen Wissen auseinander. Ausgehend von der Methodik einer evolutionären Institutionenökonomik werden drei Thesen erarbeitet, begründet und im Hinblick auf künftige Forschungsfragen untersucht: (1) die Veränderung der Formen, Inhalte und Kanäle von Wissenstransfers durch die Transnationalisierung institutioneller Arrangements, (2) Grenzen der Institutionalisierung transnationalisierter Prozesse des Umgangs mit kontroversen Wissen mit der Konsequenz einer Neubewertung der Rolle politischer und privater Prozesse bei der Willensbildung und -umsetzung, und (3) eine zunehmende Fragmentierung des Zugangs zu Prozeduren der Wissensverarbeitung durch eine Transnationalisierung solcher Prozeduren mit wesentlichen Folgen für die Legitimation kontroverser Forschung.

Forschungsfragen:

- Welche Kanäle werden bei der transnationalen Übertragung “kontroversen Wissens” verwendet und inwieweit unterscheiden sie sich von anderen Formen der

Wissensübertragung? Welche Veränderungen haben sich hierbei im Zeitverlauf ergeben? Inwieweit sind Übertragungsmuster und inhaltliche Bereiche “issue-spezifisch”?

- Mit welchen Methoden sind transnationale Übertragungen “kontroversen Wissens” abzubilden? Wie sind Effekte der Wissensübertragung auf die Willensbildung und wissenschaftspolitische Entscheidungen zu identifizieren und zu messen?
- Wie sind die Folgen der transnationalen Übertragung “kontroversen Wissens” demokratietheoretisch und aus der Sicht alternativer Legitimationskriterien zu beurteilen? Welche Bedeutung kommt hierbei Beschränkungen der Diskursivität von Wissensverarbeitungen und der Exklusivität von Prozessen der Wissensübertragung und -verarbeitung zu? Welche Ansatzpunkte bei der transnationalen Übertragung von Wissen gibt es zur Erhöhung der Legitimation wissenschaftspolitischer Entscheidungen über den Umgang mit “kontroversen Wissen”?